

...NUR NOCH PEINLICH

PEINLICH, WIE POLITIKER IHREN RUF RUINIEREN, WIE IHR WAHLVOLK DARAUF REAGIERT UND DIE POLIZEI ZWISCHEN DIE FRONTEN GERÄT.

Parlaments- und Regierungsvertreter, die ihr Volk mit Billionen Euro Schulden belasten, gebotene Regeln unterlassen, Wahlversprechen brechen, verfassungswidrige Entscheidungen treffen und sich öffentlich gegenseitig Unfähigkeit und Versagen vorwerfen, schaden ihrem Ansehen nachhaltig. Die UN-Konvention gegen Korruption vom 9. Dezember 2003 hat Deutschland mit beschlossen aber noch nicht ratifiziert. Dagegen werden Lobbyismus, gestückelte Parteienfinanzierung und Nebeneinkünfte sehr gepflegt. Das Hickhack um notwendige Länderneugliederung (Art. 29 GG) und den Länderfinanzausgleich, sowie unterlassene Regelungen zur Volksabstimmung (Art. 20 Abs.2 GG) belegen praktisch, dass es der Mehrheit unserer Parlamentarier offensichtlich darauf ankommt, Posten und selbst geschaffene Privilegien nicht zu verlieren.

Föderalismus hat nicht nur Tradition und Vorteile. Abstimmungen mit Bund und 16 Ländern sind kompliziert, zeitraubend und teuer. Unterschiedliche Regeln im Kultus-, Sicherheits- und Einkommensbereich sind nicht zu rechtfertigen. Sie benachteiligen Schüler beim Länderwechsel und Bedienstete, die bei gleicher Funktion bis zu 500 Euro mehr oder weniger verdienen. Der Zusammenschluss der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1952 belegt, wie erfolgreich derartige Veränderung sein kann.

Halb so viele Länder wären viel leistungsfähiger. Sie würden erheblich weniger Parlaments- und Verwaltungskosten verursachen. Wären wir nicht gerne stolz auf unsere Volksvertreter? Doch wer von ihnen gibt uns in welchem Fall die Möglichkeit dazu? Ihnen scheint Macht, Einfluss und das eigene Wohl wichtiger, als die Pflicht, dem Volk zu dienen. Für Parteienforscher Thomas Wiczorek sind unsere Volksvertreter **Dilettanten**¹.

Erfragte und veröffentlichte Bürgermeinungen bestätigen dies. Nur noch 6 Prozent Befragter halten unsere **Politiker** für kompetent, vertrauenswürdig und erfolgreich. **94 Prozent** glauben offensichtlich

das Gegenteil. Diese beschämende Klassifizierung und Erwartung ist nicht nur rufschädigend für die eigentlich vorbildpflichtige Berufsgruppe. Sie veranlasst auch zunehmend mehr Bürger, ihre Unzufriedenheit mündlich, schriftlich und durch teilweise sogar strafwürdige Aktionen zu zeigen. Eignung, Leistung und Befähigung sind allgemeine Berufsvoraussetzungen. Vergleichbare erfolgsorientierte Kriterien gelten für Politiker offensichtlich nicht.

Die Zahl der Nichtwähler ist erschreckend hoch und wächst. Nach Art. 20 Abs. 2 GG soll zwar alle Staatsgewalt vom Volke vor allem in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt werden. Die daraus resultierende moralische Beteiligungspflicht wird vielfach ignoriert. Wahlmüdigkeit, Politik- und Politikerverdrossenheit wachsen. Als Konsequenz daraus müsste es eine Wahlpflicht geben. Doch auch das würde nichts an der Überzeugung ändern, dass das Kapital die Macht und mehr ausschlaggebenden Einfluss hat als das Volk. Unverändert gilt: „**Geld regiert die Welt!**“ – die Medien und die Macher.

Koalitionen und Oppositionen vermitteln der Öffentlichkeit häufig konträre Ansichten und beschämende Eindrücke. Gegensätzliche Bestrebungen verunsichern die Wähler, und verbale Entgleisungen schrecken sie ab. Aber auf das Wahlrecht zu verzichten, ist kein Ausweg. Man stärkt den Anteil der Unbeliebtesten. Wer sich an der Zusammensetzung des Parlaments nicht beteiligt, sollte sich auch nicht erdreisten, das Ergebnis und seine Folgen zu kritisieren.

Meinungsbildend und gesellschaftsdienlich wäre es, sich örtlich politisch oder in Ehrenämtern zu engagieren, Leserbriefe zu schreiben und an friedlichen Versammlungen und Demonstrationen teilzunehmen. Bürgerzorn, der in Gewalt gegen Sachen und Personen umschlägt, schadet dem Anliegen und den Akteuren. Früher konnte die Polizei bei friedlichen Demonstrationen in normaler Dienstkleidung gesitteten Ablauf gewährleisten. Mit Waffen, Steinen, Raketen, Feuerwerkskörpern und dergleichen „argumentierende“ Gewaltakteure zwangen der Polizei be-

wegungshinderliche, martialische Schutz-ausrüstung und Sicherungsmaßnahmen auf. Die auf politische Zustände zielende Aggression zerstört Sachen und verletzt jährlich immer mehr Polizeibeamte. Aber gegen unkluges Verhalten ist halt noch „kein Kraut gewachsen“.

Einigen Volksvertretern scheint es nicht zu genügen, demonstrierende Krawallmacher verbal und teilnehmend zu unterstützen. Sie fordern sogar, Polizisten zu nummerieren. Diese entwürdigende Zu-

mutung entlarvt ihre Urheber. Für Sicherheitskräfte ist es schon erniedrigend, den auf politische Fehlleistungen zielenden Volkszorn als „Prügel-

knaben“ ausbaden zu müssen. Da Bürgerzorn nur Sicherheitskräfte trifft, müsste es für abwesende Urheber eigentlich peinlich sein, für eigene „Sünden“ Polizisten büßen zu lassen. Noch befremdlicher wird es, wenn durch gewalttätige Demonstranten verletzte Einsatzkräfte weniger Beachtung finden, als festgenommene Straftäter. Das Täter- Opferprinzip wird förmlich auf den Kopf gestellt.

Auch Zeitungsschreiber sind nicht immer objektiv. Auch sie haben sich in den untersten Rängen der beruflichen Prestigeskala etabliert. Die Schlegeile „Polizei tötet nackten Randalierer“ ist rufschädigend, wenn die Nothilfe einen mit Sägemesser bewaffneten Angreifer traf, der auf einen Polizisten zustürmte. Aber Versuche, die Polizei zu erniedrigen, wird Journalisten ansehen nicht heben können.

Ob und wann einige der Peinlichkeiten ein Ende finden, wird wohl niemand zu prognostizieren wagen.

Gerhard Kastl

Wie klein das ist, was einer ist, wenn mans an seinem Dünkel misst.

Eugen Roth

¹ Die Dilettanten - Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind“ Knaur Taschenbuch 28266 – ISBN 978-3-426-78266-8 - 8,95 €